

Bezugspreis:

Für den Monat Februar 1923 ...

Telegraphen-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Nonpareilzeile ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 7. Februar 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Italiener verlassen das Ruhrgebiet

Essen, 6. Februar. (Mit.) Die von der italienischen Regierung dem französischen Ingenieurstab ...

Wir wollen annehmen, daß das Wolffsche Bureau diese Meldung einschließlich der Bemerkung über die Bemühungen ...

Für die jetzt erfolgte Abreise gäbe es zwei Erklärungen. Die eine, für Frankreich die relativ harmlosere wäre, daß die italienischen Ingenieure eingesehen haben, daß aus dem Ruhrgebiet ...

Abdroffelung des Verkehrs.

Nach den mißglückten Versuchen, das Bahnnetz im besetzten und neubesetzten Gebiet in ihre Hand zu bekommen, haben die französisch-belgischen Besatzungsbehörden ...

der Verkehe in den Bezirken Mainz und Trier völlig stillgelegt ist. Im Eisenbahndirektionsbezirk Köln, soweit er nicht in der englischen Zone liegt, ist der Verkehr gleichfalls zum größten Teil lahmgelegt.

Von dem Oberkommandierenden der alliierten Besatzungsgruppen wird dies befohlen: Sämtliches Personal der Eisenbahn hat an Ort und Stelle seinen Dienst auszuhalten ...

Unter diesem Befehl befindet sich noch folgende handschriftliche Bemerkung: Vom 6. Februar 1923 ab ist das pfälzische Eisenbahnnetz unter den Befehl des Oberkommandierenden der Besatzungsgruppen gestellt.

Es ist anzunehmen, daß die pfälzischen Eisenbahner der Drohung mit dem Kriegsgericht die richtige Antwort erteilen werden.

anderen Gebieten, ist es keine Uebersetzung, zu sagen, daß das Verkehrsleben im Ruhrgebiet, in der gesamten Rheinprovinz, in der bayerischen Pfalz und in einem Teil von Baden von Frankreich stillgelegt wird.

Besonders im Ruhrgebiet drohen die schlimmsten Folgen. Die Betriebsstörungen reichen hier vom Osten des besetzten Gebiets bereits bis Essen. Die für die Transporte benötigten Beiwagen sind zwar vorhanden, können aber aus verstopften Güterbahnhöfen nur mit Mühe herausgezogen werden.

Es würde zu weit führen, auf alle

Schiffen und Uebergreifse,

die aus den besetzten Gebieten gemeldet werden, im einzelnen einzugehen. Im Badenschen besetzen sich die Bewohner darüber, daß die Einquartierung rüchstloslos Stroh und Lebensmittel requiriert.

Die englische Zone umzingelt.

Köln, 6. Februar. (Mit.) Die Franzosen schließen den Ring um die englische Zone. Sie haben heute von Norden her Lennep, Bergisch-Born, Lippeswagen, Wermelskirchen und Overath besetzt und haben somit sämtliche Ausgangslinien auch aus dem englischen besetzten Gebiet in ihrer Hand.

Verkehrseinstellung im besetzten Baden.

Offenburg, 6. Februar. (Mit.) Auf der Station Appenweier wurde gestern abend ein Befehl des französischen Militärkommissars folgenden Inhalts angehängt:

Der Stationsvorstand von Appenweier wird benachrichtigt, daß vom 5. Februar, 10 Uhr abends ab, kein Zug mehr in der Richtung Offenburg abgehen darf.

Um 11,30 Uhr abends erfolgte daraufhin der erste französische Eingriff auf der Station Windschlag, wo die Drahtleitungen des Ausfahrtsignals von den Franzosen zerschritten und die Züge nach Norden aufgehalten wurden.

Ueber die Aufrechterhaltung des Zugverkehrs wird folgendes mitgeteilt: Schnellzüge, nördlich des neubesetzten Gebietes, verkehren bis und ab Karlsruhe mit Pendelverkehr bis Achern.

Sozialdemokratie und Ruhrkampf

Einmündige Entschliessung des Parteiausschusses. Der Parteiausschuss der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat gestern nach einer eingehenden Aussprache, die durch ein Reiserat des Genossen Wels eingeleitet wurde, einstimmig die folgende Entschliessung angenommen:

Der Parteiausschuss erklärt seine Zustimmung zu den Richtlinien, die von der Vorstandskonferenz am 19. Januar beschlossen wurden, und fordert die Parteigenossen auf, einig und geschlossen in ihrem Sinne zu wirken.

Der Parteiausschuss widerspricht mit Entschiedenheit der von der französischen Regierungspropaganda aufgestellten beleidigenden Behauptung, daß der Widerstand der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegen die militärische Invasion Frankreichs eine Anweisung der Reichsregierung zur Zuführung sei.

Der Parteiausschuss dankt den sozialistischen Arbeitern des Auslandes für die zahlreichen Beweise ihrer brüderlichen Gesinnung und bittet sie, in der Unterstützung des kämpfenden Ruhrproletariats nicht zu erlahmen.

Der Parteiausschuss erinnert schließlich die Reichsregierung an ihre Verantwortung für einen wirkungslosen Verlauf des Kampfes, der vor allem durch eine ausreichende Versorgung der arbeitenden Bevölkerung mit dem notwendigen Lebensbedarf gesichert werden muß.

An der gestrigen Aussprache im Parteiausschuss ist nur eines zu bedauern: daß sie dem Herkommen entsprechend vertraulich war und daß daher der Öffentlichkeit die Gelegenheit entzogen war zu sehen, mit welchem tiefen Ernst und mit welcher Einmütigkeit der Auffassungen der berufene Rat unserer Partei zu dem drängenden Problem des Ruhrkonflikts Stellung nahm.

Die französische Regierungspropaganda fährt in wahrhaft kindischer Weise fort, die deutsche Sozialdemokratie als den schwächsten Punkt des Widerstandes darzustellen, während sie in Wirklichkeit doch der stärkste ist.

Das Londoner Blatt hat die Politik unserer Partei besser begriffen als manche deutsche Zeitung, die sie nicht begreifen will, besser auch als die französische Regierungspresse, von der wir nach allen bisherigen Erfahrungen nicht annehmen, daß sie es wagen wird, die Entschliessung unserer Partei ihren Lesern unverfälscht und unverdrehet vorzulegen.

Die Entschliessung, die unser Parteiausschuss am 6. Februar, dem 28. Tag seit dem Beginn des französischen Vormarsches, faßte, ist ein Ausdruck wirklicher Entschlußkraft. Sie



schüttelt alles Gerede von Einheitsfront und Regierungs-Trojanentum ab und stellt die Sozialdemokratische Partei weit vorne hinaus in das Vorfeld des Kampfes, den die Arbeiterklasse gegen die Willkürherrschaft eines tollgewordenen Militarismus begonnen hat. In diesem Kampf kann es Rückschläge geben, keine endgültige Niederlage. Denn für ihn gilt das Wort Napoleons, daß im Kampf zwischen Ideen und Kanonen die Ideen am Ende stets die stärkeren sind.

### Die Redakteur-Konferenz.

Die für heute angelegte Konferenz der Redakteure sozialdemokratischer Zeitungen findet um 10 Uhr vormittags im Reichstagsgebäude statt.

### Hundertprozentige Kohlenpreiserhöhung?

Weldungen der bürgerlichen Presse wollen wissen, daß die Kohlenpreise erneut um 100 Proz. erhöht werden sollen. Soweit die Kohlenpreiserhöhung notwendig ist, um die erforderlichen Vorkaufleistungen zu machen, wird natürlich schwer etwas dagegen einzuwenden sein. Zumal es darauf ankommt, die Bergarbeiter in ihrem Kampfe um die Erhaltung des Ruhrgebietes und in ihrem Bestreben, durch Leistung von Ueberleistungen, die Last der Kohlenknappheit von den deutschen Arbeitern und Verbrauchern abzuwälzen, zu unterstützen.

Wie jedoch verlautet, ist es auch beabsichtigt, die Kohlenpreiserhöhung deswegen so hoch zu bemessen, weil die bisher gestundete Kohlensteuer in vollem Umfange beigetrieben werden soll. Es wäre natürlich durchaus ungerathen, wenn man den Kohlenzweigen deswegen höhere Preise bewilligen wollte, weil sie die von ihren Abnehmern eingetriebene Kohlensteuer nicht rechtzeitig an das Reich abgeführt haben. Die gestundete Kohlensteuer ist von den Verbrauchern schon einmal bezahlt worden und darf infolgedessen nicht auf sie mit einer Kohlenpreiserhöhung umgelegt werden.

Wir erwarten von den zuständigen Organisationen der Kohlenwirtschaft und vom Reichswirtschaftsministerium, daß die Preiserhöhung nur soweit genehmigt wird, als sie durch die tatsächliche Notlage des Ruhrgebietes und durch die Lohn-erhöhungen der übrigen Gebiete bedingt ist.

### Die bayerische Gefahr.

Eine Gefahr für Bayern.

In der „Germania“ beschäftigt sich ein Kenner der bayerischen Verhältnisse, der der bayerischen Regierung wohlwollend gegenübersteht, mit der letzten bayerischen Krise. Auch er muß zugestehen, daß die staatsgefährlichen Bestrebungen der Nationalsozialisten auf bayerischem Boden nur allzulange geduldet oder sogar von einflussreichen Kreisen wohlwollend unterstützt worden sind. Besonders beachtenswert scheint uns, was der Gewährsmann über die Zusammenhänge zwischen Regierung, Hitler und den „Baterländischen Verbänden“ sagt.

„Seine Hintermänner“ so heißt es da, „sind in den Reihen der „Baterländischen Verbände“ zu suchen, jenem eigenartigen Konglomerat von nationalen Organisationen, die sich nicht selten als Einheitsfront der Regierung, ja als die eigentliche Regierung schlechthin fühlen. In diesem Gefühl wurden sie seit Jahrzehnten durch maßgebende und verantwortliche Persönlichkeiten, unter anderem auch durch das Verhalten der Regierung Anführung, bestärkt. Unser derzeitiger Ministerpräsident hat erst in seiner letzten großen Landtagsrede den Vaterländischen Verbänden gesagt, wofür großer Wert auf ihr rückhaltloses Vertrauen liegt. Die Antwort darauf war, daß die Vaterländischen Verbände, ebenso wie der Hochschulring deutscher Art sich mit Hitler solidarisch erklärten.“

Wir sehen, auch dieser vorsichtige Beobachter bayerischer

Verhältnisse kommt zu dem Schluß, daß sich der Ring einer staatsfeindlichen Kamarilla immer enger um die bayerische Regierung zieht, und daß von jenen Kreisen, mögen sie sich nun Nationalsozialisten oder Vaterländische Verbände nennen, die bayerische Regierung nur noch als Größe, mit der man nicht mehr zu rechnen braucht, betrachtet wird. Es ist deshalb durchaus zu verstehen, wenn die Bemerkungen des Mitarbeiter der „Germania“ in eine sehr ernste Warnung auslingen. Er fordert die bayerische Regierung und die Koalitionsparteien auf, einen scharfen Trennungsschritt gegen den Kadaverpatritismus zu ziehen und schließt:

„Führt man nicht die „splendid isolation“, in die sich Bayern hineinmanövriert hat? Wie gut wäre es, wenn Bayern in kritischen Momenten die starke moralische Unterstützung des übrigen Reiches hätte! Wie gut wäre es für die Bayerische Volkspartei, wenn sie durch Vermittlung der Deutschen Zentrumspartei in weiten christlichen Kreisen Deutschlands Rückhalt und Deckung fände! Man bestimme sich, bevor es zu spät ist.“

Die letzte bayerische Krise hat einen Abgrund enthüllt, in den wir unsehbar hineinstürzen, wird nicht durch beherztes Zugreifen der Nationalsozialisten und ihrer Protektoren das Handwerk scheinbar gelegt. Mit halben Maßnahmen ist es nicht getan. Das bayerische Volk, das heute sich mit dem übrigen Deutschland in der Abwehr des französischen Eindringlings einig weiß, will nach den bitteren Erfahrungen der Revolutionszeit keinen neuen Umsturz, der von einigen Janaklaren teils wissenschaftlich, teils unwissenschaftlich verbreitet wird.“

Man kann also nicht sagen, daß die Zentrumspartei den Dingen, die sich in Bayern — aber nicht nur in Bayern allein — abspielen, blind gegenübersteht. Leider hat sie das Programm ihres bayerischen Gewährsmanns, beherzt zuzugreifen und sich nicht mit halben Maßnahmen zu begnügen, bisher nicht in dem Maße zu dem ihren gemacht, das nötig gewesen wäre, um der Hydra des völkischen Verschwärerputsches ein Ende zu machen.

### Hitler kontra Schweyer.

Aus Dank für die Gefügung des Parteilages überschüttet Hitler die bayerische Regierung jetzt auch mit Schimpf und Spott. Wenn Innenminister Schweyer gesagt habe, er habe ihn „kniefällig“ um die Genehmigung des Parteitages gebeten, so sei dazu zu bemerken, daß Schweyer keinen Sinn für ironische Bemerkungen habe. Noch schlimmer sprangen Hitlers Gesolgmannschaften mit dem Innenminister um. Unser Münchener Parteiorgan, die „Post“, veröffentlicht einen Bericht über eine am Sonnabend stattgefundene Versammlung des Bundes „Blücher“, in der ca. 1500 Nationalsozialisten, Ehrhardt, Rohbach und Blücher-Deute anwesend waren. Nach diesem Bericht seien während der Rede Inlanders heftige Rufe gegen den Minister Schweyer laut geworden, der als Lump und Schwein bezeichnet und von dem gerufen wurde, man müsse ihn an die Wand stellen oder aufhängen. Inlander habe gesagt, daß Knilling und Schweyer den Ruhm Bayerns vernichten, eine deutsche Ordnungszelle zu sein. Ein weiterer Redner, Arnold Ruge, der sich bei den Worten von Erzberger und Rathenau aufs äußerste kompromittiert hat, erklärte nach dem Bericht: Wir haben noch eine Weile Zeit, ehe es gegen die Franzosen geht. Diese Zeit müssen wir nützen, um denjenigen Verbrechern den Tod zu bereiten, die uns erreichbar sind. Der Regierungsbauernmeister Schiefer sagte, daß die Kampfpläne des Bundes „Blücher“ sich noch vor der nächsten Baumbilste im Blutortlegen bewähren würden. Der Kommandant der nationalsozialistischen Sturmabteilung erklärte: Unsere Taten sind Blut und Eisen. Und dieses Getier darf sich in Bayern frei umherummeln, ohne daß es die bayerische Regierung für nötig befindet, einzugreifen!

Hitler hat, wie wir berichteten, abgefeuert, daß er oder seine Partei von französischen Geldern gespeist werde. Wie nunmehr bekannt wird, wurde in München ein der aktiven Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei, ein amerikanischer Staatsangehöriger Lübecke, wegen Landesverrats verhaftet. Bei seiner Verhaftung wurden ihm größere Be-

träge französischer Franc und Dollar abgenommen. Daraus ist ersichtlich, was für einen Wert die Abflugversuche eines Hitler haben.

### „Bayern und Reich“.

Unlängst fand im Sitzungssaal des Gebäudes der Kreisregierung in Regensburg eine Versammlung statt, an der der Regierungspräsident der Oberpfalz, ein Bürgermeister von Regensburg, Vertreter der Reichswehr, der Landespolizei, der Gendarmerie, der Technischen Nothilfe und — der Großbetriebe teilnahmen. Die Versammlung war von dem stöckreaktionären Bund „Bayern und Reich“ zusammengetrommelt worden. Ein General Braun war der Leiter. Ein Oberstleutnant Wschauer, von dem man weiß, daß er mit Vorliebe reaktionäre und republikfeindliche Tendenzen pflegt, behandelte das interessante Thema: „Wie haben bei Unruhen die staatlichen Behörden zusammen zu wirken, um die Moskauer Fiat im Keime zu ersticken?“ Er führte dabei aus, endlich sei man so weit, den inneren Feind in seinem restlichen Widerstand niederzuringen. Sei das gemacht, dann komme der äußere Feind daran. An einem „Kriegsspiel“ wurden die schönen Gedanken des Herrn Oberstleutnants demonstriert! Als Ort dieses Kriegsspiels war das industriereichere oberpfälzische Reghüttengebiet gewählt. Angenommen war, daß die Arbeiter-schaft des dortigen Ueberlandwerkes die Arbeit niederlege. Daraufhin sollte sofort die Technische Nothilfe (50 Mann) eingesetzt werden unter der Hut einer Hundertschaft Landespolizei. Für den Fall, daß die Bewegung der Arbeiterschaft größeren Umfang annehmen sollte, soll durch Briefstaubentelegramm Regensburg benachrichtigt werden und von dort Verstärkung eintreffen (weitere Leute der Technischen Nothilfe sowie 300 Mann Landespolizei und Reichswehr). Bei weiterem Uebergreifen wird angenommen, daß die Zahl der „Aufrührer“ sehr groß wird, weshalb die Volkswehrataillone (deren Organisation anscheinend schon festgelegt ist) in Regensburg, Amberg und Cham im bayerischen Wald vorderbereitet getroffen; denn bei dem Kriegsspiel wurde angenommen, daß die bereits angefertigten Plakate so rasch wie möglich angeschlagen werden. Ueber die Organisation des Bundes „Bayern und Reich“ verlautete bei der Versammlung, daß er sich in eine Rotpolizei und in Volkswehrataillone gliedert. Hinsichtlich der Waffenfrage erklärte der Herr Oberstleutnant, nichts mitteilen zu können. Man dürfe aber beruhigt sein, daß genügend Waffen vorhanden seien. Ein ausgebildeter und gut organisierter Nachrichtenendienst ist eingerichtet. Mehr wie einmal betonte er die Notwendigkeit, strengstes Stillschweigen zu bewahren. Man sieht, die Rollen für einen Rechtsputsch werden gut verteilt.

### Ein Telegraphenamts verrückt geworden!

Es zensiert englische und amerikanische Pressetelegramme.

Eine Nachricht, die wir für einen verfrühten Aprilscherz halten würden, wenn sie nicht aus erstest zu nehmender Quelle stammte, finden wir in der Ausgabe des „Manchester Guardian“ vom 3. Februar. Das Telegraphenamts Enden hat es übernommen, englische und amerikanische Pressetelegramme darauf zu untersuchen, ob ihr Inhalt „der Würde des Deutschen Reiches“ zuträglich ist und im Fall eines negativen Befundes ihre Beförderung zu unterbinden. — Das Reichspostministerium wird ersucht, scheinbar einen Vertrauensarzt nach Enden zu entsenden.

### Die neue Postverteuerung.

Nach den Regierungsvorschlägen, die demnächst dem Reichstag zugehen, sollen ab 1. März Kosten in Mark: Ortspostkarte 20, Fernpostkarte 50, Ortsbrief 90, Fernbrief 100, Drucksachen bis 25 Gramm 20, 25 bis 50 Gramm 40, 50 bis 100 Gramm 60 usw., Einschaltkarten mit fünf Worten 20, Pakete, Pakzettel, von 300 ab, Fernzone von 600 ab je nach Gewicht, Postanweisungen bis 1000 M. 60 usw., Zahlkarten bis 1000 M. 20 usw., Telegramme, fern: Grundgebühr 100, jedes Wort 80. Fernsprechnachrichten unverändert. Ortsgespräch 30. Ins Ausland: Karten 180, Briefe von 300 an, Drucksachen von 60 an.

### Alter Adel.

Eine phantastische Geschichte des „Mtags“.

Von Karl Fischer.

Ubel verpflichtet! — ist von jeher der vornehmste Wahrspruch der altadeligen Familie von Spaltenberg gewesen.

Daher ließ der damalige Oberstleutnant und Kommandeur eines höchst feudalen Kürassierregiments, Eugen von Spaltenberg, seinen einzigen Sohn, der als Leutnant in einem Husarenregiment diente und sich zu der ungeheuren Tat hinreißend ließ, die bunte Uniform abzulegen und die Tochter eines höchst simplen Postunterbeamten zu heiraten, für verrückt erklären und in ein Irrenhaus stecken.

Doch bürgerliche Menschen haben eben niemals einen Begriff von Vornehmheit gehabt und die Verste der Anstalt wagten wirklich zu behaupten, der junge von Spaltenberg sei nicht verrückt und fehlten ihn in Freiheit.

Aber der junge Mensch mußte tatsächlich entartet sein, denn seine Deedte lautete nicht: Ubel verpflichtet, sondern Arbeit verpflichtet.

Da er mit seiner Familie die größte Not litt, betrachtete er keine Arbeit als eine schimpfliche Last und trug in Ermangelung einer anderen Tätigkeit Telegramme bei einem Postamt aus.

Sofort fühlte sich der oblige Vater verpflichtet, und als er von der schimpflichen Arbeit seines Sohnes hörte, begab er sich im Schmutz seiner schönsten Uniform, bestiebt und bestückt mit allen Orden und Ehrenzeichen, zum Postdirektor und verlangte, daß sein Sohn sofort entlassen werde, weil er ein Säufel sei, ein Elender und Verkommenen, dem man kein Telegramm anvertrauen dürfe.

Auf diese Empfehlung des Vaters, flog natürlich der Sohn sofort, und die Entlassung kam ihm zur glücklichsten und gelegentlichsten Zeit, weil damals gerade seine Frau in den Wochen lag.

Doch der Husarenleutnant von ehemals war — über dieses Wunder konnten seine Verwandten und die ganze obige Clique nicht hinwegkommen — es haben über den Haß seines Vaters. Mit jähler Energie behauptete er sich und mit einem unzerstörbaren Fleiß biß er sich durch. Er fand Stellung bei einem Rechtsanwalt und flog bald zum gutbezahlten Posten des Bureauvorstehers.

Der Vater hatte sich inzwischen pensionieren lassen und eine vornehme Villa in Wannsee gekauft.

Hier wurde die Hochzeit seiner Tochter mit einem Dragoner-offizier gefeiert. Um dem Fest die nötige Pracht und den notwendigen Pomp zu geben, ließ der Oberstleutnant a. D. einen Saal an die Villa anbauen und auf das schönste ausstatten.

Als die Handwerksmeister ihr Geld verlangten, fanden der Herr Oberstleutnant dieses durchaus ungehörig und ließen sich verfluchen. Sein geschickter Rechtsanwalt schlug indessen für ihn noch den Vorteil heraus, daß er dreitausend Mark weniger bezahlen brauchte.

Nach der Revolution, als die Nachfrage nach Villen bei den durch den Krieg reich gewordenen groß war, verkaufte Herr von Spaltenberg seine Villa. Doch er vergaß auch hierbei nicht seinen Wahrspruch: Ubel verpflichtet! und verschwieg dem Käufer, daß der Schwamm im Haus ist.

Nun war Herr von Spaltenberg ein reicher Mann. Klein in seinem Geiz und in der Eier, niemandem etwas zu gönnen, legte er das Geld in den Kasten, und der Dollar stieg und stieg und drückte auf die Millionen, und sie zerflohen wie Butter in der Sonne.

Dieser Tage hat nun der Herr Oberstleutnant a. D. von Spaltenberg an seinen Sohn geschrieben, ihm seine Postlage geschildert und mit den schönen Worten geschlossen: „Mein Sohn! Ich hoffe, daß Du in Deinem Leben niemals vergessen hast, was in dem Wappenschild unserer Familie steht: Ubel verpflichtet!“

Sein Sohn aber, der wußte, daß sein Vater noch rüstig ist, hat die Rohheit befehlen, ihm zu antworten: „Lieber Vater! Arbeit schändet nicht!“

**Mein Geographielehrer!** Zu den Stoffkindern unseres Unterrichts-wesens hat lange Zeit die Geographie gehört, trotzdem ihr großer Nutzen jedermann einleuchten sollte. Namentlich in Breußen, und hier ganz besonders auf den höheren Schulen, ist sie oft gar zu sehr vernachlässigt und meist nur als Hilfswissenschaft der Geschichte behandelt worden. Es war nichts Seltenes, daß Gymnasialklassen höherer Klassen an geographischen Kenntnissen, auch in bezug auf das Heimatland von Volks- und Gemeindefachlehrern beschämt wurden. Eine Besserung auf diesem Gebiete erstrebt Arthur Dix, Berlin, in der „Geographischen Zeitschrift“ mit einem Artikel über geographische Bildung als Erfordernis der Gegenwart. Er weist dabei gelegentlich auf Sachfen hin, wo in dieser Beziehung ungeklärte Verhältnisse herrschen, und erwähnt, daß die Männer vom Fach allgemein zwei Wochenstunden Geographie bis zur Oberprima und darüber hinaus fordern, eine Forderung, die uns eher noch gemäßigter erscheinen möchte. Daß ein starkes Bedürfnis des öffentlichen Lebens vorliegt, weist er namentlich an den durch den Krieg so stark veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen nach, geht dabei bis näheren auf den Zustand Rußlands aus der Weltwirtschaft und die neue Rolle des nördlichen Südeuropas ein und deutet Deutschlands Zukunft in diesen Fragen an. Der großen Wert der geographischen Bildung zeigt er u. a. an den Aufgaben des deutschen Technikers, so bei Beherrschung der Verkehrsgeographie im Hinblick auf Ausbau des deutschen Wasserstraßennetzes und Ruhrbarmachung der Wasserkräfte. Daß in außen, wie innenpolitischen, wirtsch. und verkehrspolitischen, agrar- und sozialpolitischen sowie in technischen Kreisen eine Befähigung zu geographischer Denkwiese von höchster Bedeutung ist, betont er mit Recht. Wir wollen die erbrachten Einzelheiten nicht allzu kritisch prüfen, geben aber unbedingt zu, daß die Hauptforderung eine vollkommen zureichende ist. Möge der so überaus mächtige und nützliche geographische Unterricht auf all unseren Schulen einen neuen und gründlichen Aufschwung nehmen. M. Sch.

**Chemischer Feuerstich.** Im Kampf gegen die Feuergefahr, bei dem jahrtausendlang dem Menschen nur das Wasser zur Verfügung stand, hat man in neuester Zeit die Chemie mit bestem Erfolge zur Helferin angerufen. Die chemischen Feuerlöschmittel zerfallen in Trockenfeuerlöschmittel, die aus Pulver bestehen, und in Nassfeuerlöschmittel, bei denen durch automatische entstehenden Gasdruck feuerlöschende Flüssigkeiten in die Flamme gespritzt werden. In beiden Fällen vermindern die durch Erhitzung entstehenden entzündenden Dämpfe den Zutritt des Sauerstoffes zur Flamme und bringen diese dadurch zum Erlöschen. Die Wirkung dieser chemischen Feuerlöschapparate ist geradezu verblüffend; man muß sie aber zur rechten Zeit zur Hand haben und im richtigen Moment anwenden. Sind erst große Brandherde entstanden und hohe Temperaturen erzeugt, dann nützen alle Feuerlöschmittel nichts mehr. Die einzige Möglichkeit einer dauernden Beseitigung der Brandgefahr ist die Imprägnierung der Gegenstände mit nicht brennbaren Substanzen. Derartige chemische Substanzen sind in neuester Zeit zahlreich angewendet worden, aber keine erwies sich bisher als vollkommen. Erst jetzt ist es Dr. A. Eichengrün, wie er in der „Umschau“ ausführt, gelungen, ein Bröckel herzustellen, das allen Anforderungen genügt und eine ganz neuartige Flammen-schuhwirkung darstellt. Dieser „Gollon“-Feuerstich ist eine leicht in die Gewebe eindringende, farb- und geruchlose Flüssigkeit, die absolute Feuerstichfestigkeit erzeugt. Die damit imprägnierten Gegenstände entzünden sich nicht, selbst wenn sie in die stärkste Flamme gehalten werden, es tritt nur eine Verkohlung ein. Das neue Feuerstichmittel hat sich bei den vom spanischen Material-Prüfungsausschuss vorgenommenen Proben vortrefflich bewährt und die Feuerwehren dieser Städte sowie die Leitungen von Theatern und Kleinkunstbühnen verwenden es bereits. Die Ausführung des Verfahrens ist sehr einfach; die Imprägnierung ist vollkommen unschädlich und un-fährlich; sie läßt sich bei jedem beliebigen auffangefähigen Material, bei weichen Holzarten und auch durch Aufgießen auf Fußböden anwenden. Auch für Kleidungstücke ist es als Feuerstichmittel wertvoll, insbesondere bei Schürzen, Handschuhen, Kopfbedeckungen von Arbeitern in Gießereien, Glashütten, Holzwerken usw.

**Verbessertes Film.** Die Film-Übermittlungs hat die öffentliche Ver-führung des Bildes als „Großstadtmodell I. Teil“, herzustellen von dem Geographischen Institut in Leipzig, im Wintersemester 1910/11.

**Prof. Siegfried Günther** ist am 1. März 1911 im Alter von 75 Jahren in München gestorben, wo er als Lehrer an der Technischen Hochschule wirkte. Als Geograph und Erforscher der Geschichte der Naturwissenschaften hat er eine vielseitige literarische Tätigkeit entfaltet. Eine Geschichte der Erdkunde und eine Geschichte der (amerikanischen) Naturwissenschaften sind besonders hervorzuheben. Auch als leidenschaftlicher Vortragsber-beretiger; er hat sowohl dem Reichstage wie dem bayerischen Landtage angehört.

„Was ihr wollt“ in neuer Uebersetzung. Wie aus Leipzig ge-meldet wird, fand im Leipziger Schauspielhaus die Uebersetzung einer neuen Uebersetzung von Shakespeares „Was ihr wollt“ statt. Die Uebersetzung stammt aus der Feder des Leipziger Regisseurs Hans Rottke, der bereits „Macbeth“, „Othello“, „Troilus und Cressida“ und „Wie es euch gefällt“ überlegt hat. Der Vorgang der Uebersetzung bedingt darin, daß sie in einem Deutsch, das unterm Zeit entspricht, auf Grund neuer methodischer Forschungen des Dr. Schöpsmann niedergeschrieben vorliegt.



## Ludendorff unter Polizeiaufsicht.

Wien, 6. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Ludendorff, der gestern Abend von der Polizei aus dem Schnellzug geholt worden war, den sie in Heudorf hatte anhalten lassen, verbrachte die Nacht bei einem Freunde. Heute wurde er zur Polizeidirektion geladen und es wurde ihm erklärt, daß er seinen Aufenthalt in öglicher Abfärzen müsse. Ludendorff erwiderte, daß er mit dem nächsten geeigneten Zug der Anstalt nach München habe, abfahren werde, und zwar heute um 1/11 Uhr abends; er habe nur einige Kameraden in Wien besuchen wollen und sehe ein, daß seine Anwesenheit Schwierigkeiten bedeuten würde, er wolle aber der Regierung nicht Verlegenheiten bereiten. Die Polizei hat dafür gesorgt, daß Ludendorff während des Tages sich an politischen Kundgebungen oder Versammlungen nicht beteiligt und daß auch am Abend bei seiner Abreise nationalistische Kundgebungen nicht stattfinden.

## Vergebliche Ministerwahl in Sachsen.

Dresden, 6. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag sollte die Neuwahl des Ministerpräsidenten im Sächsischen Landtage, in dem 40 Sozialdemokraten, 19 Volksparteiler, 19 Deutschnationale, 10 Demokraten und 10 Kommunisten sitzen, vorgenommen werden. Nach der Landesverfassung gilt der Kandidat als gewählt, der mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Bei der Wahl gab jede Partei ihre Stimmen für einen Kandidaten aus ihren Reihen ab. Die Wahl ergab für den Sozialdemokraten Buch 38 Stimmen, für den Deutschnationalen 19, für den Volksparteiler 19, für den Demokraten 8, für den Kommunisten 10. Es erhielt also kein Kandidat die Mehrheit der Stimmen. Darum wurde die Sitzung vertagt und eine neue mit derselben Tagesordnung für Dienstag nächster Woche angelegt.

Nach der ergebnislosen Wahl traten die Volksparteiler und die Demokraten mit dem Verlangen an die Sozialdemokraten heran, die Verhandlungen für die Bildung eines Kabinetts zu übernehmen. Das lehnte diese aber mit der Begründung ab, daß die Aufgabe, eine neue Regierung zu bilden, denen zufalle, die die Regierung gestürzt hätten. Es muß nun abgewartet werden, was der nächste Dienstag bringt. Sollte eine rein sozialistische Minderheitsregierung, die die Sozialdemokratie anstrebt, nicht zustande kommen, dann dürfte vor dem Eingehen in eine Koalition mit den Bürgerlichen die Gesamtpartei Sachsens zu der Situation Stellung nehmen.

## Die Not der Krankenkassen.

Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags hat folgende Große Anfrage eingebracht: „Die katastrophale Entwertung der deutschen Mark, die ungezügelt entsetzliche Verteuerung aller Schreib- und Verbandsmaterialien und Heilmittel, sowie das sprunghafte Hin- und Herbewegen der Ausgaben für die Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und für die Verpflegung in den Krankenhäusern haben die meisten Krankenkassen fast zum Erliegen gebracht. Schon haben die Krankenkassen den Versicherungsämtern die Verwaltung der Kassen überlassen, da den Sanierungsverlusten der Kassenvorstände gesetzliche Grenzen gezogen sind. Weitere dürfen schon in aller nächster Zeit erfolgen. Der völlige Zusammenbruch zunächst der Krankenversicherung und damit in Verbindung der gesamten Sozialversicherung steht zu befürchten.“

Was gebietet das Staatsministerium dagegen zu tun? Ist es insbesondere bereit, die Oberversicherungsämter anzuweisen, der furchtbaren Not der Krankenkassen erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden?

Ist das Staatsministerium bereit, im Reichsrat und bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß schnellste und durchgreifende Hilfe erfolgt?

## Reisebericht des Reichskanzlers.

W.B. meldet: Der Reichskanzler berichtete in der Kabinettsitzung am Dienstag über seine Reise in das vergewaltigte Gebiet. Als das Ergebnis seiner Besprechungen mit den Vertretern aller Bevölkerungsteile stellte der Reichskanzler den festen Willen zum Beharren im Widerstand fest. Er wies unter der Zustimmung des Kabinetts eindringlich auf die Notwendigkeit hin, die im Kampfe stehende Bevölkerung mit allen wirtschaftlichen Mitteln zu stützen, insbesondere der Ernährungssfrage die größte Umsicht und Energie zuzuwenden. Die weitere Beratung des Kabinetts galt, von laufenden Fragen abgesehen, dem neuen französischen Gewalttät gegen Offenburg und Lypenweier.

## Antwort an Poincaré.

Dem Berliner Vertreter der „Associated Press“ sagte Dr. Cuno u. a. zur letzten Rede Poincarés:

Wenn Herr Poincaré davon spricht, daß er nicht freudigen Herzens zu einer Politik des Zwanges gegen Deutschland schreite, so frage ich: Was ist die französische Politik, seitdem Deutschland die Waffen niedergelegt, anderes gewesen, als eine Politik des Zwanges, ausgeübt mit allen Mitteln der wirtschaftlichen und politischen Tortur gegen ein erschöpftes Volk, das sich bemüht, seine Wirtschaft wiederherzustellen und den Verpflichtungen des verlorenen Krieges nachzukommen? Auf jedem Meilenstein des deutschen Friedensweges seit 1918 stehen die Worte:

### Zwang und Diktat.

Diese Zwangspolitik hat Herr Poincaré dann mit Beginn seiner Auktraktion in einer Weise ausgebaut, die sich die Welt nicht hätte träumen lassen, als sie den Abschluß des Krieges als die Wende einer neuen Zeit begrüßte. Keiner der wahrhaftig

würgenden Paragraphen des Versailleser Diktats räumt ihm ein solches Recht ein. Durch sein Interpretationsunfug ist ein solches Recht zu erschleichen. Die Auktraktion und alle ihre Fortsetzungen sind nichts anderes als die Regation jedes Rechtsbegriffes und seine Ersetzung durch nackte Gewalt.

Die hohe Klinge es, wenn Herr Poincaré auch heute noch den Einbruch in die rheinisch-westfälische Industrie mit 50 000 Bewohnern als ein friedliches Werk bezeichnet, ein friedliches Werk, das seine blutige Spur von Versailles bis Bochum zieht, das über 250 führende Männer durch Verhaftung oder Ausweisung um Amt, Beruf und Wohnsitz gebracht, eine Bevölkerung von Millionen in schwerste Bedrängnis gestürzt und

Wirtschaftswerte in nicht wieder gutzumachender Weise zerstört hat. Herr Poincaré hat sich in der Beurteilung der westfälischen Seele geirrt. Ihr Widerstand ist als spontaner Entschluß aus einer Bevölkerung emporgewachsen, die sich ihres Menschenwertes bewußt ist und sich Bejourneten nicht beugen will. Selbst Herr Poincaré muß die Geschlossenheit und Einheit dieses Widerstandes anerkennen, der in der Tat ein

### Volk im Widerstand

ist. So etwas läßt sich nicht befehlen. Es ist da, ungreifbar und unüberwindlich, mag auch die Okkupation durch Beseitigung der Führer und durch Kapfung der Verwaltung noch soviel unternehmen, um seine Kraft zu brechen.

Herr Poincaré sucht Entschädigung für die französischen Ruinen und Sicherheit gegen deutsche Angriffe, so sagt er. Entschädigung für die Ruinen: wer war es, der alle deutschen Angebote zur Mitarbeit an der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete sabotierte? Sicherheit gegen deutsche Angriffe: also

nicht um die rückständigen paar Prozent an Kohlen und Holz einzubringen, sondern

aus militärischen Gründen ist das Ruhrgebiet besetzt worden.

Zur Sicherheit Frankreichs muß ein Wirtschaftssystem zerstört werden, das zu den feinsten Organismen der Weltwirtschaft gehört. Das also ist der Sinn dieser Pfänderpolitik, die von allen Wirtschaftsauctoritäten abgelehnt wird. Die Ruhe des französischen Volkes bedarf keiner Sicherungen, die nur auf Kosten eines anderen Lebensberechtigten Volkes zu erzielen sind. Das entworfene deutsche Volk ist für Frankreich keine Gefahr und die Sorge vor deutschen Angriffen nur ein Deckmantel für Herrn Poincarés hegemoniegedanken.

Die bisherige deutsche Gesamtleistung aus dem Friedensvertrag in Bar-, Sachleistungen und Werten der abgetretenen Gebiete ohne Kolonien hat fast

### 45 Milliarden Goldmark

betragen; noch 1922 sind an die Alliierten trotz des furchtbaren Niederganges der deutschen Wirtschaft Werte von 1,5 Milliarden Goldmark abgeführt worden.

Ein französisches Blatt hat neulich eingestanden, daß keine deutschen Vorschläge Frankreich veranlassen würden, seine Beute fahren zu lassen. Herr Poincarés Rede ist eine Umschreibung dieses Zugeständnisses. Das Ruhrgebiet will er behalten, bis von unmöglichen Summen der letzte Pfennig bezahlt ist. Nicht Verträge, sondern Gewalt herrscht, die der Gewalt fest Deutschland sein Recht und den Willen zum Leben entgegen.

## Auch eine Befahrungssolge.

Unmittelbar nach der Besetzung des Ruhrgebiets haben die Franzosen angeordnet, daß alle Ausländer im Besitz gültiger Pässe sein müßten. Da auch die deutschen Behörden aus guten Gründen die gleiche Bestimmung trafen, entstand sofort ein Ansturm der zahlreichen Deutschösterreicher auf ihr Konsulat in Köln. Diese Behörde der jetzigen christlichsozial-großdeutschen Seipel-Regierung hatte nichts Gileres zu tun, als die Passgebühren von 1000 R. auf 15000 R. zu erhöhen. Auch streikende oder arbeitslose Arbeiter erhalten den Pass nicht, wenn sie nicht 15000 R. bezahlen. Dabei bleibt's trotz Einspruch des Esener Gouverneurs des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes. Die Empörung der Deutschösterreicher im besetzten Gebiet über ihr Konsulat mag man sich vorstellen; sie wird nicht auf die Deutschösterreicher beschränkt bleiben, denen übrigens die Einbürgerung in Deutschland u. a. durch die enorme Gebühr immer mehr erschwert wird.

## Smuts gegen Frankreich.

Kapstadt, 6. Februar. (Reuter.) Premierminister Smuts sagte in einer wichtigen Erklärung über die Reparationsfrage, die Reparationskommission sei hoffnungslos dadurch gelähmt worden, daß Amerika den Friedensvertrag nicht ratifizierte. Die von der Kommission im Mai 1921 festgesetzte Summe von 6,8 Milliarden Pfund Sterling sei durchaus über Deutschlands Zahlungsfähigkeit hinausgegangen. Diese unmögliche Summe sei als Hebel für die Zerstörung Deutschlands und für die haosische Zerstörung der Industrie und Wirtschaft ganz Mitteleuropas benutzt worden. Ameritas Mitarbeit wäre der Schlüssel zum Frieden gewesen. Als Amerika sich zurückzog, sei der Friede verloren gewesen. Seitdem sei die Reparationskommission keine juristische Körperschaft mehr. Schließlich habe sich der britische Vertreter aus der Reparationskommission zurückgezogen und die Kommission habe jede Spur von Unparteilichkeit verloren und sei tatsächlich eine Zweigstelle des französischen Ministeriums des Neuen geworden. Den Deutschen sei in einem Begleitschreiben zum Friedensvertrag das Versprechen gegeben worden, daß, wenn der Friedensvertrag sich als unausführbar erweisen sollte, der Völkerverbund als Werkzeug für seine Abänderung in Wirksamkeit treten solle.

## Lausanner Nachwehen.

Einer Havos-Redung zufolge soll sich Ismet Pascha plötzlich angeboten haben, den Friedensvertrag doch noch zu unterschreiben. Er hat dies in Paris wissen lassen, und diese Nachricht wurde durch Frankreich in London übermittelt, jedoch soll sie dort erst nach der britischen Ministerratsitzung eingetroffen sein, so daß die englische Regierung nicht mehr rechtzeitig dazu Stellung nehmen konnte. Ismet reist aber heute früh endgültig — so heißt es — aus Lausanne ab. In Paris wird daher zu schneller Entscheidung gedrängt. Sollte das Ende von Bied also doch ein türkisch-französischer Separatfrieden sein?

Die Engländer sind abgereist. Frankreich hat in London vorgeschlagen, wieder Delegierte nach Lausanne zu schicken.

## Der Liller Kongress.

Paris, 6. Februar. (W.B.) Der sozialistische Parteitag in Lille hat gestern über die internationale Politik verhandelt. Grumbach führte aus, es genüge nicht, daß der Kongress ein an den Völkerverbund gerichtetes Ersuchen unterzeichnet habe. Die Außenpolitik der französischen Regierung gereicht den Interessen Frankreichs zum Unheil und der Kongress müsse gegen diese Politik, die nur zum Kriege führen könne, Einspruch erheben. Eine wirksame Politik würde es sein, wenn man mit den demokratischen Elementen Deutschlands zusammenarbeite. Das französisch-deutsche Zusammenwirken werde übrigens durch die wirtschaftlichen Notwendigkeiten gebieterisch verlangt. Die Besetzung des Ruhrgebiets müsse zu schweren Enttäuschungen führen.

Renau de l., der anschließend das Wort erhielt, bemerkte, sogar wenn die Franzosen nach Hamburg gingen, würden die Ereignisse sie zweifellos überholen. Das Vorgehen Schwedens sei vorbildlich, weil Branting der einzige gewesen sei, der die Regelung des Konfliktes im Ruhrgebiet durch einen Schiedsspruch vorgeschlagen habe.

Paris, 6. Februar. (W.B.) Nach einer Havos-Redung aus Lille hat der sozialistische Parteitag in seiner letzten Sitzung heute vormittag das Angebot der kommunistischen Partei, sich zu einer Einheitsfront zusammenzuschließen, abgelehnt. Die Kommunisten müßten zuerst Garantien für ihre Loyalität geben. Der Parteitag protestierte gegen die Verhaftung der französischen Kommunisten, die aus Anlaß ihrer unmittelbar vor der Besetzung des Ruhrgebiets nach Deutschland unternommenen Reise erfolgt war.

## Parlamentskrawall in Wien.

Wien, 6. Februar. (W.B.) In der heutigen Sitzung des außerordentlichen Kabinettsrats, in welchem die Spezialdebatte über die Beamtenabbaugesetze durchgeföhrt werden sollte, protestierten die Sozialdemokraten in lärmender Weise gegen den von der Mehrheit angenommenen Vorschlag des Vorsitzenden, Vizenzlers Frank. Die Spezialdebatte über das ganze Gesetz mußte unterbleiben. Infolge des lärmigen Protestes der Sozialdemokraten war der Vorsitzende gezwungen, die Sitzung zu schließen. Nach Mitteilung von Teilnehmern an der Sitzung wurde während der Sitzungen von dem Sozialdemokraten Schjöl ein Stein gegen den Vorsitzenden geworfen, der dem Vizenzler an der Hand traf. Auch der Abg. Seig ging gegen den Vizenzler

vor und entließ ihm die für die Abstimmung vorbereiteten Anträge. Der Vizenzler stieß den Abg. Seig zurück. Die Abgg. Schjöl und Seig wurden zur Ordnung gerufen.

Der tätliche Angriff der sozialdemokratischen Abgeordneten Seig und Schjöl auf den Vorsitzenden, Vizenzler Dr. Frank, hat die Abstimmung über die dort eingebrachten Anträge verhindert. Da damit die dem außerordentlichen Kabinettsrat nach der Verfassung eingeräumte Frist zur Beschlußfassung abgelaufen ist, hat die Regierung beschlossen, von ihrem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch zu machen, den in Verhandlung gewesenen Regierungsentwurf über eine Abänderung des Bundesangestellten-Abbaugesetzes als Verordnung bekanntzugeben.

Wir erhalten diesen Wolff-Bericht so spät, daß wir uns nicht mehr in Wien nach dem Hergang erkundigen können; die W.B.-Darstellung scheint uns reichlich partiell zu sein. Im übrigen gibt der Abbau von 70 000 Beamten natürlich Anlaß zu größter Erregung, zumal die Arbeitslosigkeit enorm ist.

# Wirtschaft

## „Mündelsichere Anlage.“

Der nach dem Kriege infolge der Geldentwertung erfolgte Prozeß der Umwertung aller Werte hat eine Reihe von gesetzlichen Bestimmungen, die an sich nützlich, notwendig und wohlthätig waren, zur Landplage gemacht. Im Bürgerlichen Gesetzbuch ist bestimmt worden, daß zum Schutze des Vermögens unmündiger Personen, deren Vormund, als Treuhänder, das Mündelgeld nur in ganz bestimmten Anlageformen verwenden darf. Der § 1807 des BGB. bestimmt hierüber dem Sinne nach folgendes:

„Die Anlegung von Mündelgeldern soll nur erfolgen in sicheren Hypotheken oder Grund- und Rentenschulden an inländischen Grundstücken, in verbrieften Forderungen gegen das Reich oder einen Bundesstaat usw., in Wertpapieren, die von einer inländischen kommunalen Körperschaft garantiert sind und vom Bundesrat als mündelsicher erklärt sind; ferner gilt als mündelsicher die Anlage von Geld in inländischen öffentlichen Sparkassen, für die der Bundesrat die gleiche Erklärung abgibt.“

Diese gesetzlichen Bestimmungen waren, solange das deutsche Geld einen beständigen Wert hatte, eine Sicherungsmaschine, die einfach nicht zu entbehren gewesen ist. Heute ist es jedoch anders geworden. Da das Geld sich fortgesetzt entwertet, ist die Verpflanzung, es in Sparkassen, Hypotheken, Reichs-, Staats- oder Kommunalpapieren anzulegen, eine Maßnahme, die eine sichere Schädigung, ja Zerstörung des Mündelvermögens nach sich zieht. Nicht nur die Anlage von Mündelgeld wird dadurch betroffen, sondern auch die Anlage von Geld in all den Fällen, in denen zur Sicherung der Verwaltung fremden Geldes die mündelsichere Anlage festgesetzt oder angeordnet ist.

Man denke, daß die deutsche Mark ihrem Kurswert nach heute ein Dreitausendfünftel ihres früheren Wertes hat und daß also 3499 Teile dieses Vermögens aus der Vorkriegszeit durch die Geldentwertung vernichtet worden sind. Diese Bestimmung ist nicht mehr ein Schutz des Vermögens, sondern eine ungeheure Gefahr für das Vermögen geworden.

Die gesetzlichen Bestimmungen über mündelsichere Anlage haben eben nur einen Sinn für wirtschaftlich, d. h. wertbeständiges Geld. Das, was wir heute in Deutschland Geld nennen, ist kein Geld mehr, denn die unerlässliche Voraussetzung für das Geld als Wertmaßstab ist seine Wertbeständigkeit. Wertbeständig ist nur Gold, und soweit dem Papiergeld Wertbeständigkeit innewohnt, ist dieses dadurch gegeben, daß es die Anweisung auf eine bestimmte und feste Menge von Gold ist. Das deutsche Papiergeld ist schon lange keine Anweisung auf Gold mehr, sondern eine Anweisung auf Papier, das den Stempel der Reichsbank trägt.

Nur das Festhalten an der landläufigen Bezeichnung Geld ist bestimmend dafür, daß wir dieses Wort für die Papierseine noch weiterführen, und nur der Umstand, daß in einer komplizierten Wirtschaft irgendein Lausmittel für den Warenverkehr lebensnotwendig ist, bewirkt, daß man mit den deutschen Papierscheinen etwas erwerben kann.

Von dem Vermögensschwand infolge der Geldentwertung werden heute aber nicht mehr die großen Vermögen betroffen, die längst Anschlag an die Valuta gefunden haben, sondern fast ausschließlich die in den Händen finanziell wenig routinierter Leute, die ihre Kapitalgroschen verwahren wollten. Eine Neuerung, die sich den gegenwärtigen Verhältnissen ein wenig anpaßt, ist lediglich darin getroffen, daß einige der neuen wertbeständigen Anlagepapiere als mündelsicher erklärt worden sind.

Die Bestimmungen über die Mündelsicherheit sind einst getroffen worden, um Vermögensschädigungen abzuwenden. Sie waren, gemessen an wirtschaftlichen und Zeitinhalt, früher nützlich. Heute ist die mündelsichere Anlage nach den gesetzlichen Bestimmungen aber der Regel nach eine ausgesprochene mündelunsichere Anlage geworden. Deshalb müßten diese antiquierten Bestimmungen schnellstens außer Kraft gesetzt werden, denn es gibt kein Recht, das dem Staat erlaubt, diejenigen, die nicht selbst die Kraft haben, ihr Vermögen zu verwalten, zu zwingen, es vernichten zu lassen. Der gesetzliche Begriff mündelsicher ist Unsinn geworden, und der Staat hat ein dringendes eigenes Interesse daran, daß Gesetze, die ausgesprochen unsinnig sind, nicht eine Sekunde länger in Kraft bleiben.

Sicherungen für eine zweckentsprechende Verwertung von Mündelgeldern, die durch eine geeignete Verordnung durch Zusammenwirken von Vormund und Vormundschaftsgericht unter Beziehung von Geldsachverständigen getroffen werden, sind in der gegenwärtigen Zeit trotz aller unvermeidlichen Mängel weit besser geeignet zum Schutze der Mündel zu dienen als die entsprechenden Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Weiterer Rückgang der Konfurse. Im Januar sind nach der privaten Statistik der Finanzzeitung „Die Bank“ nur 23 Konfurse eröffnet worden. Im Dezember waren es nach der gleichen Quelle 42, im Januar vorigen Jahres 129. Die Zahl der Konfurse ist somit auf einem bisher unerreichten Tiefpunkt angelangt.

## Devisenkurse.

	6. Februar		5. Februar	
	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs
1 holländischer Gulden . . . . .	14062.50	15087.50	16768.—	16842.—
1 argentinische Papier-Peso . . . . .	18065.—	14035.—	15511.12	15588.88
1 belgischer Franc . . . . .	2144.62	2155.38	2269.93	2280.67
1 norwegische Krone . . . . .	7082.25	7117.75	7890.25	7919.75
1 dänische Krone . . . . .	7182.82	7167.88	7890.25	7919.75
1 schwedische Krone . . . . .	10094.87	10075.18	11221.67	11278.18
1 finnische Mark . . . . .	859.50	864.41	1057.85	1062.65
1 japanischer Yen . . . . .	17055.—	18045.—	20149.50	20250.50
1 italienische Lire . . . . .	1840.38	1848.62	2009.96	2020.04
1 Pfund Sterling . . . . .	177056.25	177943.75	199008.70	199906.35
1 Dollar . . . . .	37655.62	37844.38	42144.37	42355.63
1 französischer Franc . . . . .	2448.87	2456.18	2605.47	2616.58
1 brasilianischer Milreis . . . . .	4289.24	4310.76	4738.12	4761.88
1 Schweizer Franc . . . . .	7182.19	7167.88	7940.10	7979.90
1 spanische Peseta . . . . .	5935.16	5954.85	6618.41	6651.59
100 österr. Kronen (abgetl.) . . . . .	58.51	58.79	58.55	58.85
1 tschechische Krone . . . . .	1117.90	1122.80	1221.96	1228.07
1 ungarische Krone . . . . .	14.46	14.54	15.81	15.89
1 bulgarische Lema . . . . .	221.44	222.56	244.88	245.62
1 jugoslawischer Dinar . . . . .	354.11	355.89	418.96	421.05

1 Polenmark galt im freien Verkehr etwa 1,07 R.



# Gewerkschaftsbewegung

## Kommunistische Wahrheitsliebe.

In ihrem Eifer zur Verschweigung der Wahrheit kommt es der „Roten Fahne“ nicht darauf an, die Unwahrheit zu schreiben. Gestern morgen brachte das Blatt eine kurze Notiz über die Stärke der französischen Reformisten, die nach Berichten des „reformistischen“ Gewerkschaftsorgans kaum 275 000 Mitglieder zählten. Wollte die „Fahne“ die Wahrheit nicht verschweigen, müßte sie sagen, daß diese „Stärke“ das Ergebnis der kommunistischen Treibereien in Frankreich ist. Überall wo die Kommunisten „arbeiten“, sind die gleichen „Erfolge“ zu verzeichnen: Zerrüttung, Zersplitterung und Schwächung der Gewerkschaften oder ihre Auslieferung und damit ihre Auslieferung in die Hände der Reaktion.

Nach einer Mitteilung über die angebliche Auflage des sozialdemokratischen Zentralorgans für Frankreich und seiner Abonnenten wird der französische Gewerkschaftskongress der CGT-Gewerkschaften (Richtung Amsterdam) mit folgendem Satz abgelesen: „Der Kongress wolle u. a. von D'Arragona, der die italienischen Gewerkschaften an den Faschismus verkaufen will, begrüßt.“ Die Tatsache dieser Begrüßung wird von der „Fahne“ nur deshalb erwähnt, um D'Arragona zu verleumden. Wäre D'Arragona wirklich der Schuft, als den ihn die „Fahne“ verdächtigt, dann läme er mit der Absicht, die italienischen Gewerkschaften an den Faschismus zu verkaufen, viel zu spät, da die italienischen Gewerkschaften von den Kommunisten längst an den Faschismus verkauft worden sind.

Die Rede D'Arragonas auf der 4. Internationalen Arbeitskonferenz im Oktober vorigen Jahres war eine stammende Anklage gegen den Faschismus auf einer internationalen Tribüne. Darin wurde u. a. auch ein Einschreiten der Internationalen Arbeitsorganisation gefordert, um dem Artikel 13 des Friedensvertrages hinsichtlich der Freiheit der Arbeiterorganisationen Geltung zu verschaffen. Dafür wird D'Arragona von den Faschisten hart bedrängt und stündlich bedroht, von den Kommunisten aber verurteilt. Die Mosauer können nicht anders. Sie müssen jeden sozialistischen Führer und jeden Amsterdamer Gewerkschaftsführer herunterreißen. Alles zur höheren Ehre der „Einheitsfront“, der Diktatur über das Proletariat und der Weltrevolution. Dabei hätten die kommunistischen Halbgelehrten alle Ursache, sich etwas mehr um sich selber zu kümmern, und um die Folgen ihres schändlichen Treibens für die Arbeiterklasse aller Länder, in denen sie ihre Rolle bereits ausgespielt haben oder noch dabei sind.

## Behördliche Entscheidungen an die Betriebsräte.

Ein besonderer Vorfall hat den preussischen Minister für Handel und Gewerbe veranlaßt, in einem Rundschreiben die Regierungspräsidenten und den Kreispräsidenten zu ersuchen, zur Förderung eines reibungslosen Zusammenarbeitens der Behörden mit den gewählten Arbeitervertretern der aus dem Betriebsrätegesetz sich ergebenden Stellung dieser Vertretungen in vollem Umfange Rechnung zu tragen. Es soll insbesondere dafür gesorgt werden, daß sie von behördlichen Entscheidungen in solchen Angelegenheiten, in denen sie nach dem Betriebsrätegesetz zu einer gleichberechtigten Mitwirkung neben den Betriebsunternehmern berufen sind, rechtzeitig, d. h. gleichzeitig mit der Geschäftsleitung Kenntnis erhalten.

## Lohnverhandlungen der Bauhändler.

Die Bauhändler und Kollegen aus den Betrieben für gelochte Bleche nahmen in einer Versammlung am Montag abend in den Sophien-Sälen Stellung zu dem Resultat der Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern. Über den Verlauf der Verhandlungen wurde von Fuchs berichtet. Nach fast vierstündiger Verhandlung erklärten die Arbeitgeber sich bereit, für die Zeit vom 1. bis 11. Februar eine Zulage von 50 Proz. auf die Tariflöhne der Gelblechenschloffer und für die zweite Hälfte Februar 20 Proz. auf die Löhne von 22. Januar zu gewähren. Hieraus würden sich folgende Lohnsätze ergeben: Für Schloffer im ersten Gesellenjahr 723 bzw. 821 M., im zweiten 784 bzw. 890 M. Helfer nach dem zweiten Jahre 872 bzw. 990 M. Selbständige Schloffer 886 bzw. 1006 M. Schweißgerinnen 703 bzw. 796 M. Transportarbeiter 863 bzw. 980 M. Maschinenarbeiter 867 bzw. 985 M. Frauen 662 bzw. 751 M. Die Arbeitgeber haben erklärt, in neue Verhandlungen eintreten zu wollen, wenn in der Zeit vom 8. bis 11. Februar von den Vertretern der Arbeiterklasse ein Antrag gestellt wird.

In der Diskussion wurde besonders gegen die prozentuale Verteilung der Zulage gesprochen. Es müßte dafür gesorgt werden, daß der wirtschaftlich Schwächere nicht durch eine Vergrößerung der Spanne zwischen den Löhnen noch mehr zurückgesetzt werde. Durch eine gleichmäßige Zulage würde diese Schädigung vermieden. Wie Branchenleiter Beuster mitteilte, hat eine Abstimmung in den

Betrieben eine große Mehrheit für die Ablehnung des Angebots der Arbeitgeber ergeben.

Die Versammlung stimmte schließlich einhellig für Ablehnung. — Fuchs erklärte hierauf, daß er den Arbeitgebern von der Ablehnung sofort Mitteilung machen und um eine neue Verhandlung nachsuchen werde.

## Vorschuhzahlung für die Berliner Metallarbeiter.

Die Verhandlungskommission des Metallarbeiterverbandes hat gestern mit den Vertretern des Verbandes Berliner Metallindustrieller wegen der Forderung des zurzeit gültigen Tarifvertrages verhandelt. Die Parteien waren sich darüber einig, daß die Tariflöhne, welche ab 12. Februar in Kraft treten sollen, geändert werden müssen. Nur konnten sich die Parteien über eine Rückwirkung des Vertrages noch nicht verständigen. Die Arbeitgeber werden in ihren Kreisen nochmals zu unserem Antrag Stellung nehmen. Es wurde daraufhin einstimmig vereinbart, daß am Montag, den 12. Februar, und am Dienstag allen männlichen Arbeitern über 21 Jahre 15 000 M., von 18 bis 21 Jahren 10 000 M., Frauen 10 000 M., Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren 4000 M. Vorschuh gezahlt wird. Die Rückzahlung soll in drei Raten erfolgen und zwar erstmalig in der Lohnwoche vom 10. Februar bis 24. Februar. Die endgültigen Verhandlungen sind am Sonnabend.

## Achtung, Zimmerer!

Die Zahlstellenversammlung am Sonntag hat dem Schiedsspruch vom 1. Februar zugestimmt. Inzwischen haben auch die Arbeitgeberverbände ihre Zustimmung erklärt, so daß der erhöhte Stundenlohn von 850 M. und 10 M. Verletzungsentschädigung am Freitag zum erstenmal zur Auszahlung kommt. — Bezüglich der vom A.D.V. und dem Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission empfohlenen Sammlung zur Ruhrhilfe wurde beschlossen, die Form der Sammlung, wie sie der A.D.V. empfiehlt, d. h. mit den Arbeitgebern, grundsätzlich abzulehnen. Zum Aufruf der Gewerkschaftskommission („Vorwärts“ v. 2. Febr.) erklärte die Versammlung, die entnommenen Listen zurückzugeben, da aus dem Aufruf nicht ersichtlich ist, wozu die gesammelten Gelder gehen. (Da zwischen dem Zimmererverband und der Gewerkschaftskommission Verbindung durch die Treppen im Gewerkschaftshaus wie auch durch Fernsprecher besteht, müßte auf diese Frage doch Antwort zu bekommen sein. D. Red.)

## Textilindustrie gegen Achtstundentag.

Im November wurde in Breslau ein Zentralverband der Schießischen Industrie gebildet, dem auch der Verband schlesischer Textilindustrieller beitrug. Der frühere Reichsminister a. D. v. Raumer hatte bei dieser Gelegenheit in einem Vortrag über die Wirtschaftslage die Befestigung des Achtstundentages gefordert. In der Textilindustrie will man damit zunächst bei den Angestellten als der am wenigsten widerstandsfähigen Gruppe beginnen. Für die Angestellten besteht wie für die Arbeiterklasse teilweise noch die 45-Stundenwoche, obwohl der Manteltarifvertrag auch die 48-Stundenwoche vorseht. In diesen Angestelltenverträgen besteht jedoch die Bestimmung, daß die Beendigung einer angefangenen Arbeit bis zu 20 Minuten nach Ablauf der Arbeitszeit nicht als Überarbeit gilt.

Diese bedingte tarifliche Bestimmung bot für zwei der bedeutendsten Unternehmer der Textilindustrie, Christian Dierig in Langenbielau und Wener-Kauffmann in Bisteggersdorf, den gewünschten Vorwand. Die Firma Dierig gab ihren Angestellten „Aufklärung“ über die Überstunden, worin sie u. a. bekannt gab:

Bekanntlich arbeiten wir gegenwärtig nur 45 Stunden, während der Tarif 48 Stunden Arbeitszeit vorseht. Außerdem gehen 20 Minuten tägliche Überarbeit nicht als Überstunde. Somit kann die Firma verlangen, daß statt 45 Stunden bei vorliegender Arbeit 50 Stunden gearbeitet wird.

Aus der Ausnahmebestimmung, daß in besonderen Fällen 20 Minuten über die Zeit gearbeitet werden kann und soll, leiten die Unternehmer einfach das Recht ab auf tägliche Überarbeit von 20 Minuten oder zwei Stunden wöchentlich bei gleichzeitiger Ausdehnung der 45-Stundenwoche auf 48 Stunden, insgesamt auf eine 50stündige Arbeitszeit, die nicht höher bezahlt wird als die 45stündige Arbeitswoche. Nur über 20 Minuten, insgesamt nunmehr 50 Minuten, über 50 Stunden wöchentlich hinausgehende Arbeitszeit wird als Überstunde bezahlt. Die Angestellten gehören teilweise noch der bürgerlichen Harmonieverbänden an, so daß die Spekulation der Unternehmer, die zudem mit der beginnenden Krise in der Textilindustrie rechnen, nicht ungehindert hat man erst die Angestellten zur 50-Stundenwoche gebracht, wird man versuchen, auch die Arbeiterschaft dahin zu bringen, mit der man allerdings nicht so leicht fertig werden dürfte. Sie wird den Achtstundentag noch besten Kräften verteidigen. Es gilt, den Anfängen zu wehren!

Für die steigenden Holzarbeiter! Die außerordentliche kombinierte Generalversammlung mit Betriebsräten und Vertrauensmännern hat beschlossen, daß alle in Vollarbeit stehenden Holzarbeiter ein Zehntel ihres Verdienstes zwecks erhöhter Streikunterstützung abzugeben haben. Die Gelder sind durch den Betriebsobmann zu sammeln und im Bureau beim 1. Kassierer gegen Quittung abzugeben.

Bisher sind eingegangen von den Kollegen der Firmen: Birch u. Schimann, Neufeld, 70 M., Bestwig, 171 000, Lehmann u. Hart 15 000, Joch 30 000, Clausen 15 000, Müller, Weisenfer, 5000, Angerer u. Seeger 5000, Geise Nachf. 13 250 M., zusammen 325 510 M.

## Deutscher Holzarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Elektromonteur und Mechaniker! Die gesamte Belegschaft der Berliner Privat-Telephon-Gesellschaft nebst ihren Filialen ist durch die provokatorischen Maßnahmen der Direktion in den Arbeitskampf gedrängt worden. Wir erwarten von den gesamten Branchenkollegen, daß sie den Betrieb meiden. Die Angestellten haben ihre Solidarität dadurch bezeugt, daß sie eine namhafte Summe der Streikleitung zur Verfügung gestellt haben.

Die Streikleitung.

Neue Löhne in der Lederwarenindustrie. Durch Verhandlungen wurde der Stundenlohn für die Arbeiter in der Portefeuille-, Taschen-, Koffer-, Sportartikel- und Schuherfabrikation für die erste Hälfte Februar für Facharbeiter über 23 Jahre auf 1000 M. festgesetzt. Hilfsarbeiter bekommen 910 M., verheiratete Stepperrbeiter 680 M.; Lehrlinge im ersten Jahr 4500 M., im zweiten Jahre 5500 M., im fünften Halbjahr 7000 M. und im sechsten Halbjahr 7500 M. pro Woche. Die Erhöhung beträgt 66 2/3 Proz. und ist prozentual auf die bestehenden Akkord- als auch Zeitlöhne zu bezugeln. Die Kostträge können im Bureau abgeholt werden und in der Generalversammlung am Donnerstag.

Der Vergarbeiterstreik auf den Saargruben übertrifft an Einmütigkeit alle Erwartungen. Man hatte erwartet, daß eine beträchtliche Anzahl von Bergleuten, die bisher den französischen Druck- und Lockmitteln sich gefügig gezeigt hatten, die ihre Kinder der französischen Schule anführten, trotz der Streikparolen anarbeiten würden. Die örtlichen Streikbureaus in großen Bergmannsdörfern haben mit den Gutwirlern eine freiwillige Vereinbarung getroffen, die Bergleute bereits um 10 Uhr oder um 9 Uhr zu schließen und keinen Schnaps auszuweisen. Die organisierten Vergarbeiter haben eigene Wirtschaftskontrollen eingerichtet. Der erste Streiktag ist vollständig ruhig verlaufen. Die notwendigen Notstandsarbeiten wurden überall verrichtet.

Die Vergarbeiter in Lothringen haben am Sonntag in ihren Konferenzen die Lohnhöhe von zwei Franken pro Schicht angelehnt. Die Delegierten beschlossen, falls die Grubenbesitzer bis heute keine weiteren Zugeständnisse gemacht haben, in den Ausstand zu treten.

Angestellte aller Berufe! Donnerstag 7 1/2 Uhr in den Wasserläden, Kaiser-Wilhelm-Str. 11. Öffentliche Angestelltenversammlung. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung. — Referent: Genosse Wulfschäger. Die Funktionäre der F.G.P.D. werden gebeten, die Angestellten auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. Der Verbandsrat für Angestellte in der F.G.P.D.

Deutscher Gewerkschaftsverband, Bezirksverein 23, Chemische Industrie. Heute, Mittwoch, 7 Uhr Versammlung in Paderborn. Neue Wirtschaftsfrage 23. Vortrag des Kollegen Rothe. — Funktionäre aller Industrien haben Versammlung am Freitag, den 9. Februar, abends 6 Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstraße. Gewerkschaften und Arbeiter. Donnerstag 5 Uhr wichtige Versammlung der Kämpfer in Richtung im Alexander-, Alexanderstr. 27 A, Saal 3. Der F.G.P.D. Bezirksrat.

Holzarbeiter aller Branchen. Donnerstag 4 1/2 Uhr Versammlung aller auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden Holzarbeiter. Schloffer: Herr Kammann, 9; Oberländer: Schöpf, Grünauer Str. 8 in Nieder-Schloffer; Oberländer: Schöpf, Grünauer Str. 8 in Nieder-Schloffer; Oberländer: Schöpf, Grünauer Str. 8 in Nieder-Schloffer. — Referent: Herr Kammann. — Referent: Herr Kammann. — Referent: Herr Kammann.

Angestellte aller Berufe! Donnerstag 7 1/2 Uhr in den Wasserläden, Kaiser-Wilhelm-Str. 11. Öffentliche Angestelltenversammlung. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung. — Referent: Genosse Wulfschäger. Die Funktionäre der F.G.P.D. werden gebeten, die Angestellten auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. Der Verbandsrat für Angestellte in der F.G.P.D.

Hautauschlag, offene Zühe (Krampfadern) auch veraltete Wunden, heilt die milde und wohltuende Sanitätsrat Dr. Strahl's Hausalbe (Elefanten-Apotheke, Berlin SW, Leipziger Str. 74 (Tandhoffplatz.)

Theater, Lichtspiele usw. Opernhaus 7 1/2 Uhr: Der fliegende Holländer. Volkshöhne 7 1/2 Uhr: Das Wintermärchen. Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: Peer Gynt. Deutsch. Theat. 7 1/2 Uhr: Improvisationen im Juni Don erst 7 1/2 Pen-thessien. Kammerspiele 8: Der Kreis. Gr. Schauspielh. (Karlstraße) 7 1/2 Uhr: Die törichte Jungfrau. Theater d. d. Königgrätz. Str. 8 Uhr: Die wunderlichen Geschichte von d. Kapellm. Kreisler. Komödie aus dem Leben d. Insekten von J. u. K. Czapek. Komödienhaus: Kameraden. Berliner Th. 7 1/2 Uhr: Madame Pompadour.

Deutsch. Opernhaus 7 1/2 Uhr: Tosca. Große Volksoper am Theat. d. Westens 7 1/2 Uhr: Fidiello. Intimes Theater 8 Uhr: Frau Adas. e. u. e. Die G'schamige Lustspielhaus. U: Kammerdiener. Metropol-Theater 7 1/2 Uhr: New York-Berlin. Neues Operett.-Th. 7 1/2 Uhr: D. neue Gilber. Kaitja, die Tänzerin. Theater des Ostens (Rose-Theater) 7 1/2 Uhr: Lüge Nr. VII. Casino-Theater 8 Uhr: Der neue Jäger. Zum blauen Kakadu. Urania Theater 8 Uhr: Stelancus Forsch. L. K. Saal 8 Uhr: Neuzeit. Rechenhilfsmittel d. Ingenieurs. Metropol Varieté Behrenstr. 54 7 1/2 Uhr: Walter Steiner. 4 Bronnen. Anna Klemchen. 3 Luftballons. Dancings Bolle. und 5 weitere Varieté-Sensat. Reichshallen-Th. 7 1/2 Uhr: Sonntag nach 3 Uhr. halbe Preise. STETTINER Säng. 8 1/2 Uhr: Blühoff. 8 1/2 Uhr: 1. 7 1/2 Uhr: Internat. Varieté. Walhalla-Th. 7 1/2 Uhr: Heirate Deine Frau.

Central-Theater 7 1/2 Uhr: Der Bigamist. Der Blaue Vogel. Das 3. Programm. Theater des Ostens (Rose-Theater) 7 1/2 Uhr: Lüge Nr. VII. Casino-Theater 8 Uhr: Der neue Jäger. Zum blauen Kakadu. Urania Theater 8 Uhr: Stelancus Forsch. L. K. Saal 8 Uhr: Neuzeit. Rechenhilfsmittel d. Ingenieurs. Metropol Varieté Behrenstr. 54 7 1/2 Uhr: Walter Steiner. 4 Bronnen. Anna Klemchen. 3 Luftballons. Dancings Bolle. und 5 weitere Varieté-Sensat. Komische Oper (7 1/2) Dir. James Kiehl (7 1/2) Internat. Revue in 25 Bildern. Europa spricht davon (7 1/2) 10 Al-wirkende! 6 Balletts! Mr. Jackson von Alhamer-Theater in London mit seinen engl. Girls sowie die bekanntesten Darsteller von Bühne und Film. Vorverkauf ununterbrochen. Wien-Berlin Unterhaltungs-Varieté. Das große Varieté-Programm! Das größte Nachmittags-Varieté-Programm! 8 Uhr 4 Uhr.

CREME PERI. Schlechtes Wetter, Sturm und Regen machen die Haut rau und spröde. Sie bleibt aber stets geschmeidig und gesund, wenn sie regelmäßig mit «Crème Peri» eingegeben wird. Nicht zwecklos gehört zu ihren Hauptbestandteilen der von den Ärzten so geschätzte Hamamelis-Extrakt. «Crème Peri» fettet nicht, reibt sich vielmehr unsichtbar in die Haut ein. Zu jeder Tageszeit anwendbar. Peri Talkum-Puder - Crème Peri-Seife. Überall erhältlich. DR. M. ALBERSHEIM • FRANKFURT A. M. Fabrik seiner Parfümerien. Gegr. 1892.

Kleines Th. 7 1/2 Uhr: Die Unmoralischen. Walhalla-Th. 7 1/2 Uhr: Heirate Deine Frau.

Internat. Varieté. Walhalla-Th. 7 1/2 Uhr: Heirate Deine Frau.

Komische Oper (7 1/2) Dir. James Kiehl (7 1/2) Internat. Revue in 25 Bildern. Europa spricht davon (7 1/2) 10 Al-wirkende! 6 Balletts! Mr. Jackson von Alhamer-Theater in London mit seinen engl. Girls sowie die bekanntesten Darsteller von Bühne und Film. Vorverkauf ununterbrochen. Wien-Berlin Unterhaltungs-Varieté. Das große Varieté-Programm! Das größte Nachmittags-Varieté-Programm! 8 Uhr 4 Uhr.

Circus Busch. Elite-Sänger. U. a. Laupharm. Schwiiger-söhne! Fremdenlegion! Vorvkf ab 10 U. Frauenhaare samt al. Hekt. Vert. Haarhandlung Kaiser-Wilhelm-Str. 39. Zieka. Ernst Toller. Marken- und andere Zigaretten bei Ad. Nagel Hermannplatz 6 Kong 1000.



Berlin eine Hundestadt.

Ueber 170 000 Hunde bevölkern die Groß-Berliner Straßen.

Dass in Berlin die Hundehaltung in den letzten Jahren stark zugenommen hat, weiß jeder Berliner auch ohne statistische Belege...

12 000 Mark Hundesteuer!

Von den fortgesetzten Erhöhungen der Hundesteuer hat mancher eine Einschränkung der Hundehaltung erwartet...

Ein Staffelvorschlag.

Unerschütterlich, wie der Hundebesitzer es in der Abiehung der immer wiederholten Steuererhöhungen ist...

(Redaktion verboten. Der Wall-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

„So?“ fragte Fuselli. „Wo ist er hingegangen?“ „Weiß nicht.“

sich nach der Bestdauer zu richten hätte. Wer einen Hund neu anschafft, zahlt die höchste Steuer...

Verführer.

Zwei Fälle von grobem Vertrauensmißbrauch.

Die großen städtischen Gefängnisse, denen erfahrungsgemäß die weiblichen Hausangestellten ausgesetzt sind...

In einer Berliner Tageszeitung stand vor längerer Zeit ein Inserat, durch das ein junges Mädchen, Waise...

Bei weniger gut kam mit Recht in einem zweiten Falle gleichfalls ein Verführer weg. Vor dem Schwurgericht war der ehemalige Matrose...

Staatsanwalts weit hinaus und verurteilte den Angeklagten in Anbetracht dieser rohen Tat...

„Die Preise mache ich...“

Der Kohlenhändler Schmidt und seine Ehefrau, die vor dem Buchergerecht des Landgerichts II standen...

Der Wasserrohrbruch in der Friedrichstraße.

Der Wasserrohrbruch in der Friedrichstraße, über den wir bereits im gestrigen Abendblatt kurz berichteten...

Der Sozialrentner als Rassenbote.

So anerkennt es es an und für sich auch ist. Kindererwerbsfähige mit leichten Arbeiten zu beschäftigen...

Von heute ab 50 000-Mark-Scheine. Um das Bedürfnis nach Zahlungsmitteln zu befriedigen...

Eine Aktion gegen den Fleischwucher. Bei der Abteilung W des Polizeipräsidiums Berlin fand heute vormittag...

Deutschesöhmische Spenden. Eine von der Redaktion der „Reichsbürgerzeitung“ eingeleitete und mit 5000 scheidischen Kronen eröffnete Sammlung...

Sie schaute ihm einen Augenblick in die Augen. Dann warf sie den Kopf zurück und brach in ein schallendes Gelächter aus.

Die Gestalt wandte sich um, und in der Dunkelheit erkannte er das runde Gesicht des ersten Sergeanten.

„Sei ruhig, Mann,“ flüsterte der erste Sergeant. Fuselli stand still mit geballten Fäusten...

„Halla, Fuselli!“ sagte eine Stimme, die er kannte. „Ist mein altes Bett noch hier?“

Das Mondlicht glühte im Brunnen, der auf dem Marktplatz der Straße sich befand. Es war eine warme, dunkle Nacht...

Fuselli stand am Brunnen, rauchte eine Zigarette, sah zu den gelben Fenstern des „Cheval blanc“ hinüber...

Er hielt sich gut im Schatten, schlüpfte auf die andere Seite und wollte sich gerade hinter dem Faß verstecken...



